



PRESSEMITTEILUNG

Vor den Augen internationaler Beobachter: Zwangsarbeit in Usbekistan

Trotz Anwesenheit von internationalen Beobachtern setzt die usbekische Regierung weiterhin auf Zwangsarbeit in der Baumwollernte

Berlin 4. Dezember 2013 Die usbekische Regierung hat auch in diesem Herbst wieder mehr als eine Millionen Menschen zur Ernte in den Baumwollfeldern gezwungen. Dies geht aus dem [aktuellen Bericht](#) der internationalen [Cotton Campaign](#) hervor. Danach wurden systematisch und in fast allen Regionen 15 bis 17-Jährige auf die Felder geschickt. Verschiedentlich wurden auch kleine Kinder zur Ernte herangezogen. Wie in den vergangenen Jahren wurden usbekische Menschenrechtsaktivisten, die die Ernte beobachteten und kritisierten, durch Drohungen eingeschüchtert und willkürlich verhaftet.

Erstmals waren 2013 Mitarbeiter der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zur Beobachtung der Ernte zugelassen. Allerdings hatte die usbekische Regierung das ILO-Mandat hierfür in wesentlichen Punkten stark beschränkt. So sollten die Beobachter allein über Kinderarbeit, nicht jedoch über Zwangsarbeit von Erwachsenen berichten. Zudem mussten Gespräche mit den Betroffenen in Anwesenheit von Regierungsvertretern erfolgen. „Die Betroffenen konnten so nicht offen über die Arbeitsbedingungen sprechen, denn sie mussten massive Repressionen befürchten“, gibt Umida Niyazova vom Uzbek-German Forum for Human Rights (UGF) zu bedenken.

Wie aus dem Bericht der Cotton Campaign hervorgeht, haben Behördenvertreter zudem Erntearbeiter instruiert, wie sie den ILO-Experten antworten sollten und Collegestudenten angewiesen, ihre Beteiligung an der Ernte zu leugnen.

Leider hat die ILO-Mission in einer vorläufigen Stellungnahme keine systematische Anwendung von Zwangskinderarbeit festgestellt. Dies spiegelt die Beschränkungen der Mission wieder und steht in eklatantem Widerspruch zu dem umfangreichen Beweismaterial, das den staatlichen Einsatz von Zwangs- und Kinderarbeit belegt.

“In Sachen Menschenrechte in der globalen Lieferkette sind die deutsche und europäische Politik gefordert” sagt Berndt Hinzmann, INKOTA-netzwerk, Kampagne für Saubere Kleidung.

Aufgrund der andauernden massiven Menschenrechtsverletzungen haben sich verschiedene NGOs heute in einem [Offenen Brief](#) an die EU gewandt und fordern diese auf, die Zusammenarbeit mit dem Land an konkrete Verbesserungen der Menschenrechtssituation zu knüpfen. „Die usbekische Regierung hat erneut gezeigt, dass kein politischer Wille zur Achtung und Einhaltung internationaler Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte besteht“, bedauert Dr. Miriam Saage-Maaß vom ECCHR. „Diese Strategie kann nicht mehr von der internationalen Gemeinschaft toleriert werden.“

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte:

ECCHR, Dr. Miriam Saage-Maaß, saage-maasz@ecchr.eu, Tel: 030 400 485 90

UGF, Umida Niyazova, umida.niyazova@gmail.com, Tel: 0176 312 024 74

INKOTA-netzwerk, Berndt Hinzmann, hinzmann@inkota.de, Tel: 0160 94 69 87 70